

Gemeinsam erfolgreich.



Kanzlerin
für Deutschland.

CDU

Keine Experimente, Berlin!
Am 22. September mit beiden Stimmen CDU.

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
39. Jahrgang • kostenlos
8. Ausgabe 2013

So schummelte sich Peer Steinbrück durch das TV-Duell

Mit viel Sachverstand, sympathisch im Auftritt, vor allem aber mit großer Glaubwürdigkeit hat Angela Merkel das TV-Duell geprägt und für sich entschieden, während sich Peer Steinbrück durch das TV-Duell schummelte.



Steinbrück behauptete, der Arbeitsmarkt sei tief gespalten.

Fakt ist: Der deutsche Arbeitsmarkt ist stark. Wir haben fast 42 Millionen Erwerbstätige – so viel wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote hat sich im Vergleich zu Rot-Grün mehr als halbiert, das gilt insbesondere auch für die Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt heute weniger Leiharbeiter und weniger Mini-Jobs. Zugleich sind heute mehr Frauen und Ältere erwerbstätig als zuvor.

Steinbrück sagte, seine Steuerpläne würden die Unternehmen und Betriebe nicht treffen.

Fakt ist: Viele kleinere und mittlere Unternehmen, Familienunternehmen und Mittelständler würden durch seine Pläne

ne massiv in ihrer Substanz belastet. Schließlich gehören zum Vermögen auch Haus- und Grundbesitz und damit auch Firmengebäude, Handwerksbetriebe und Werkstätten.

Steinbrück erweckte den Anschein, es würde in Deutschland zu wenig gegen Steuerhinterziehung getan.

Fakt ist: Durch ihre Blockade des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens schützt die SPD Steuersünder, die durch das Abkommen kräftig Steuern nachzahlen müssten. Das ist ungerecht gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern. Bund und Ländern gehen damit Milliardenentnahmen verloren. Statt Steuersünder hiermit endlich zur Kasse zu bitten, fordert die SPD an anderer Stelle Steuererhöhungen und verhindert im Bundesrat die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen.

Steinbrück sagte, Deutschland müsse den Krisen-Staaten in Europa „behilflich“ sein. Klartext: Es geht ihm und der Sozialdemokratie um die Schuldenvergemeinschaftung.

Fakt ist: Die SPD hat sich mehrfach für die Vergemeinschaftung der Schulden in Europa ausgesprochen. Peer Steinbrück und die SPD wollen den Weg in die europäische Schuldenunion gehen. Eurobonds führen zu einer Vergemeinschaftung der Schulden auf Kosten Deutschlands. Eurobonds burden uns fremde Schulden auf und würgen unser Wirtschaftswachstum ab.

Keine Experimente: Mit beiden Stimmen CDU!

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag steht unmittelbar bevor. Am 22. September geht es um die Zukunft Deutschlands und die Frage: Bleibt unser Land auf Erfolgskurs oder wird Deutschland unter Rot-Rot-Grün aus der Bahn geworfen?

Die Umfragewerte für die Union sind gut. Aktuell genießt sie eine Zustimmung von 40 Prozent. Aber: Entschieden ist noch nichts. Die Wählerinnen und Wähler legen sich immer später fest – oft erst in der Wahlkabine –, bei welcher Partei sie ihr Kreuz machen. „Die guten Umfragen sind für unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer natürlich ein Motivationsschub. Wir werden uns trotzdem nicht zurücklehnen, sondern werden bis zur letzten Sekunde um jede Stimme kämpfen“, sagt der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel.

Entscheidend, so Henkel weiter, sei zweierlei. Zum einen sei die Bilanz der Bundesregierung hervorragend. Es gebe so viele erwerbstätige Menschen in Deutschland wie nie zuvor, das Wirtschaftswachstum halte trotz Krise an und die Löhne und Renten würden stärker steigen als im EU-Durchschnitt. „Zum anderen haben wir mit Angela Merkel eine Bundeskanzlerin, der die Menschen großes Vertrauen entgegenbringen. Ihre Besonnenheit und Verlässlichkeit sorgen für Stabilität – in Deutschland und Europa. Angesichts der herausfordernden Zeiten darf es daher keine Experimente geben“, erklärt der Berliner Parteichef.

Aber es könnte auch anders kommen. Die Rufe eines Gregor Gysis nach einem



Linksaußen-Bündnis mit Linkspartei, Grünen und SPD werden immer lauter. Zugleich wird die Ablehnung bei der SPD immer verwaschener.

„Das ist gefährlich für unser Land“, warnt Frank Henkel. Die geplanten drastischen Steuererhöhungen stellten eine Gefahr für Wirtschafts- und Beschäftigungs-

wachstum dar. Zudem müsse eine Bundesregierung das ganze Land im Blick haben, nicht nur einige wenige. Angela Merkel stünde für diesen Blick auf die ganze Gesellschaft. Eine Regierungsbeileitung der Linkspartei, die sich vom Sozialismus noch immer nicht verabschiedet hat, würde dem wiedervereinten

Deutschland zudem international einen verheerenden Vertrauensverlust beschere-

nen. Frank Henkel appelliert anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl, von der Demokratie Gebrauch zu machen und wählen zu gehen: „Die Macht geht vom Volke aus. Wer die Wahl verschläft, könnte mit einer Regierung aufwachen, die er nicht gewollt hat. Konkret heißt das: Wer Rot-Rot-Grün verhindern will, wer also die eigene Zukunft und die Zukunft Deutschlands weiterhin in guten Händen wissen will, muss mit beiden Stimmen CDU wählen.“

Von einer Leihstimme für die FDP hält der CDU-Landesvorsitzende dabei nichts, er habe wenig Zweifel an einem Wiedereinzug der Liberalen in den Deutschen Bundestag. Jede Partei müsse für sich allein kämpfen. „Wir wollen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Das



geht nur mit einer starken Union. Unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer werden alles dafür tun, um dieses Ziel zu erreichen“, schloss Frank Henkel.

Das wäre der Alltag unter Rot-Grün

Abkassieren & Bevormunden

Die Grünen wollen die Steuerbelastungen für die Luftfahrt erhöhen. Damit würden am Ende Flugtickets teurer!

Deutschlands Firmen würden von Rot-Grün hart getroffen: „Deutschlands Industrie zittert vor Rot-Grün.“ (Wirtschaftswoche)

Die Grünen wollen benzinbetriebene Motorroller verbieten.

Der rot-grüne Steuerhammer für den Mittelstand: Ein Bäcker (Betriebsvermögen: 360.000 €, Gewinn: 50.000 €) müsste durch die Vermögenssteuer 3.600 Euro mehr Steuern zahlen pro Jahr.

Die Mieten würden steigen, weil Rot-Grün Vermögen (Immobilien etc.) höher besteuern will. Vermieter würden die Kosten an die Mieter weitergeben.

Die Steuererhöhungen von Rot-Grün würden 1,85 Millionen Arbeitsplätze kosten.

Die Grünen wollen die Mehrwertsteuer für Fast-Food erhöhen.

Rot-Grün will einheitliche Zwangs-Krankenversicherung für alle. Das würde teuer: Bei der SPD müsste ein Haushalt mit 36.000 € Jahres-Nettoeinkommen 900 Euro mehr für die Krankenversicherung zahlen.

Rot-Grün ist gegen den Abbau der sog. kalten Progression. Damit landen Gehaltserhöhungen oft nicht bei den Arbeitnehmern.

Teurer Abfall: Die Grünen wollen eine Verpackungssteuer, eine Abgabe auf Einweg-Verpackungen und Plastiktüten.

Rot-Grün will die Mehrwertsteuer für Schnittblumen erhöhen.

Rot-Grün will die Mehrwertsteuer für Hundefutter erhöhen.

Rot-Grün will Tempolimits auf Autobahnen. Die Grünen außerdem Tempo 80 auf Bundesstraßen und 30 in Ortschaften.

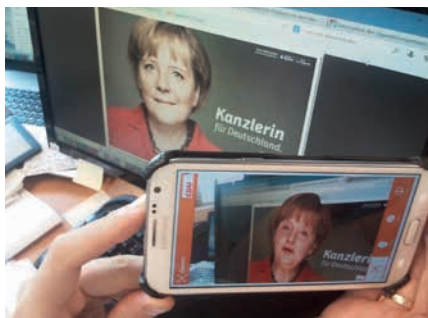
Rot-Grün will Familien zur Kasse bitten, u. a. durch Abschaffung Ehegattensplitting und höhere Einkommensteuer.

Alle Details auf Wahlfakten.de, bitte Link folgen

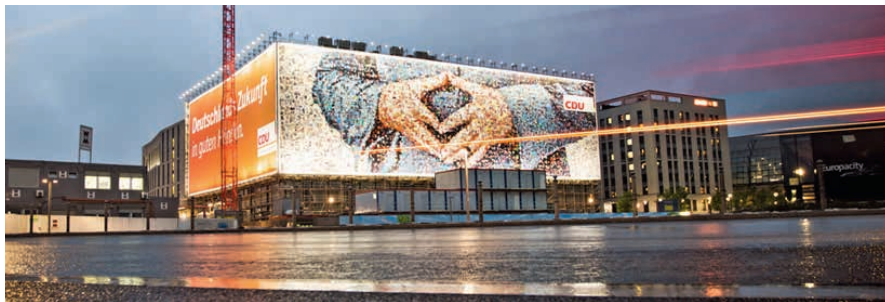
Ganz modern – der Wahlkampf der CDU

Während sich die Plakate der anderen Parteien bereits beim ersten Regen auflösten, „zaubert“ die CDU.

Seit Anfang September 2013 ist das neue CDU-Plakat mit Angela Merkel „Kanzlerin für Deutschland.“ in ganz Deutschland zu sehen. Das „Zauberhafte“ daran: Mit der Merkel-App, die in den Stores für Apple und Android-Smartphones oder Tablet PCs heruntergeladen werden kann,



„erwacht das Plakat zum Leben“, indem Angela Merkel den Betrachter direkt anspricht. Auch andere interaktive Plakate können Sie mit der Merkel-App „zum Sprechen“ bringen: Richten Sie dafür einfach Ihr Smartphone oder Ihren Tablet PC bei eingeschalteter App auf eines der interaktiven Plakate der CDU Deutschlands. Ein weiteres, ganz besonderes Wahl-



kampf-Plakat ist zur Zeit mitten in unserer Hauptstadt zu sehen: Das Ergebnis der großen Mitmachaktion „Deutschlands Zukunft in guten Händen“ kann man seit Anfang September 2013 unmittelbar neben dem Berliner Hauptbahnhof bestaunen, wo täglich zehntausende Fahrgäste unterwegs sind und nun von der Kanzlerin begrüßt werden. Ein solch großes CDU-Wahlplakat hat es noch nie gegeben. „Mit 2.378 Quadratmetern setzen wir damit mitten in Berlin ein optisches Ausrufezeichen“, so der CDU-Generalsekretär Herrmann Gröhe bei der Vorstellung des Posters. Das Bild von Angela Merkels Händen setzt sich wie ein Mosaik aus über 2.000 einzelnen Handmotiven zusammen, die Unterstützer im Rahmen der Mitmachaktion eingesendet hatten. Die Hochkantplakate auf Berlins Straßen (siehe

Titelbild) fallen dabei fast schon nicht mehr auf – aber auch diese gibt es in der Art nur bei der CDU.

Der Berliner Landesverband steht dem nicht nach: „Gut für Berlin und gut für Deutschland“ heißt der Fernsehspot der CDU Berlin zum Bundestagswahlkampf, der täglich vom 4. September bis 21. September 2013 abends auf TVB ausgestrahlt wird. Auf der Fahrt durch Berlin begegnet Ihnen die CDU Berlin ab dem 16. September 2013 regelmäßig bis zur Bundestagswahl im Berliner Fenster in über 1.000 U-Bahn-Wagen.

Auch auf großflächigen und beleuchteten modernen Werbetafeln auf dem Mittelstreifen der Hauptverkehrsachsen Berlin, so genannten „Mega Lights“, findet sich das Motiv vielerorts wieder.

Schon vorher wählen – wie geht das?

Am 22. September geht es um die Zukunft jedes Einzelnen und die Zukunft unseres Landes. Es ist noch nichts entschieden, sondern es geht um jede Stimme. Darum: Am 22. September beide Stimmen für die CDU!

Wer nicht bis zum 22. September warten möchte, kann seine Stimmen schon vor dem Wahltermin per Briefwahl abgeben. Das geht ganz einfach: Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung, die Ihnen Anfang August zugestellt wurde, ist der Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines abgedruckt. Dieser wird vollständig ausgefüllt in einen Umschlag gesteckt und mit 0,58 Euro frankiert oder per Fax an das Wahlamt im Bezirk gesendet. Der Antrag auf Briefwahl kann auch per Email

oder auf der Homepage der Landeswahlleiterin unter www.wahlen-berlin.de unter dem Stichwort „Briefwahl“ online gestellt werden.

Die Briefwahlunterlagen werden Ihnen daraufhin zusammen mit einem Merkblatt per Post nach Hause geschickt. Für die Rücksendung ist dann kein weiteres Porto mehr nötig.

Briefwahl geht auch „zu Fuß“

Einfach mit dem Personalausweis zum Bezirkswahlamt gehen und direkt dort in der Wahlkabine wählen, genau wie am Wahltag. Briefwähler können ihren Wahlbrief auch direkt bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Adresse bis spätestens zum 22. September um 18 Uhr abgeben

oder abgeben lassen. Das spart den langwierigen Postweg. Wichtig ist bei der Briefwahl: Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass die Berechtigung dazu vorliegt. Das gilt auch für die Abholung der Wahlunterlagen vom Wahlamt oder aus dem Wahllokal bei kurzfristigen Erkrankungen. Sollte Ihnen noch keine Wahlbenachrichtigung zugegangen sein, wenden Sie sich bitte ebenfalls direkt an Ihr bezirkliches Wahlamt. Wie auch immer Sie an der Wahl teilnehmen, wichtig ist: Überlassen Sie die Entscheidung über die Zukunft unseres Landes nicht den anderen.

Gehen Sie wählen!